Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4664.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden 8-gespalt. 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 559. Halle, Sonnabend, den 29. November. 1919.

Die deutsche Regierung über Scapa Flow.

Die deutsche Regierung erklärt sich in der Scapa Flow-Angelegenheit für nichtschuldig.

WTB. Berlin, 28. Nov. (Drahtnachricht.) Die deutsche Regierung hat im Anschluß an die mündlichen Besprechungen dem Generalsekretär der Friedenskonferenz eine Denkschrift über ihren Standpunkt in der Scapa Flow-Frage überreichen lassen, in der u. a. hervorgehoben wird, daß mit der im Waffenstillstandsvertrag vereinbarten Internierung der deutschen Kriegsschiffe in keiner Weise über deren endgültiges Schicksal entschieden wurde und daß die Verpflichtung der deutschen Regierung mit der fristgemäßen Entsendung der Schiffe nach dem Firth of Forth erfüllt war. Ausschlaggebend für die Beurteilung der ganzen Frage sei die Tatsache, daß die Versenkung der Schiffe nicht dem Verhalten der deutschen Regierung, sondern dem Verhalten der alliierten und assoziierten Regierungen zur Last gelegt werden müsse. Die Kriegsschiffe sind im

Widerspruch mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages

und ohne Rücksicht auf die deutschen Proteste nicht in einem neutralen Lande, sondern in einem britischen Hafen interniert worden. Die Gegner haben eine Internierung in den in Betracht kommenden neutralen, nämlich also in den niederländischen und skandinavischen Häfen überhaupt nicht versucht. Infolge der Unterbindung des Verkehrs mit der Heimat mußte Admiral von Reuter in jenen Tagen zu der Annahme kommen, der Waffenstillstand laufe am 21. Juli mittags ab. Daraufhin

veranlaßte er nach Seemannsbrauch die Versenkung.

Admiral von Reuter war in Scapa Flow der Befehlsgewalt der deutschen Regierung tatsächlich entzogen. Damit entfällt von vornherein jede Haftung der deutschen Regierung für die Handlung des Admirals, denn für die Anordnungen eines kriegsgefangenen militärischen Befehlshabers ist sein Heimatstaat nicht verantwortlich. Außerdem kommt aber das eigene Verschulden des Gegners hinzu, da sein vertragswidriges Vorgehen die eigentliche Ursache der Versenkung geworden ist.

Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß die deutsche Regierung jede Verpflichtung zu Leistungen, die von ihr aus Anlaß der Versenkung gefordert werden, von rechtswegen als unbegründet zurückweisen muß.

Zum Schluß betont die deutsche Regierung, daß es nicht ihren Absichten entspricht, wenn durch eine derartige Streitfrage das auch auf deutscher Seite gewünschte Inkrafttreten des Friedensvertrages verzögert werden würde. Sie macht deshalb den Vorschlag, die Angelegenheit dem ständigen Schiedsgericht im Haag zur Entscheidung darüber zu unterbreiten, ob die deutsche Regierung für die Versenkung der Schiffe verantwortlich sei, im Bejahungsfalle welcher Schaden den alliierten und assoziierten Mächten durch die Versenkung erwachsen sei und wie dieser Schaden von Deutschland wieder gutgemacht werden könne.

Nur dreitägiger Streik in Bitterfeld?

Bitterfeld, 28. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Wie angekündigt, traten die Arbeiter in den Betrieben im Stadtkreise Bitterfeld heute nachmittag 2 Uhr in den Streik, der drei Tage dauern soll. Am Montag soll die Arbeit wieder aufgenommen werden, wenn die Truppen abgezogen sind.

Streikschiebungen in Bitterfeld.

WTB. Bitterfeld, 28. November. Im Bitterfelder Bezirk sind heute Nachmittag 2 Uhr alle Betriebe bis auf eine Grube in den Ausstand getreten. Die Notstandsarbeiten werden überall zum Teil in weitem Umfang von der Arbeiterschaft fortgeführt. Es wird immer klarer, daß der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft des Bitterfelder Bezirks gegen seinen Willen in geradezu agitatorischer Weise in den Streik hineingezogen worden ist. Es ist jetzt festgestellt, daß noch nicht einmal die Hälfte der Arbeiter des Bezirks überhaupt abgestimmt hat. Alsdann ist die Frage, die zur Abstimmung kam, von den Führern in der Mehrzahl der Belegschaftsversammlungen so gestellt worden, daß den Arbeitern gar nicht bewußt wurde, daß sie über den sofortigen Eintritt in den Generalstreik abstimmten, sie waren vielmehr der Ansicht, daß auf Grund dieser Abstimmung noch weiter verhandelt werden würde. In den Versammlungen, in denen tatsächlich ordnungsmäßig darüber abgestimmt wurde, ob in den sofortigen Generalstreik eingetreten werden solle, wurde mit einer Ausnahme der Generalstreik durch überwältigende Mehrheit abgelehnt.

Keine Gefahr für die Lichtversorgung Berlins.

WTB. Berlin, 28. November. Wie bereits gemeldet, ist in Bitterfeld, und zwar mit 6000 gegen 4000 Stimmen, der Generalstreik beschlossen worden, der heute nachmittag beginnen sollte. Es ist dafür gesorgt, daß die Lichtversorgung Berlins nicht gefährdet wird.

Die österreichische Nationalversammlung über die deutsche Hilfe.

WTB. Wien, 28. Nov. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung machte der Präsident Mitteilung von dem Beschluß des Deutschen Reichstags, im Dezember jede Brotkarte im Reiche um 50 Gramm einzuschränken, um diese Ersparnisse zur Linderung der Not Deutschösterreichs zu verwenden. An diese Mitteilung, die vom Hause mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen wurde, knüpfte der Präsident folgende Erklärung, die vom Hause stehend angehört wurde:

„Hohes Haus! Es handelt sich hier nicht nur um ein offizielles Opfer schlechthin, nicht nur um ein Opfer, das der Staat als solcher bringt, sondern um eine Liebesgabe jedes einzelnen Bürgers des Deutschen Reiches ohne Unterschied. Jeder Bürger schmälert täglich seine ohnedies kärglich bemessene Ration, um dadurch beizutragen zur Linderung der schrecklichen Not, die in Deutschösterreich herrscht. Dieser Akt der Großmut und der brüderlichen Solidarität des Deutschen Reiches hat bei uns nicht nur Freude und Genugtuung ausgelöst, sondern vor allem tiefste Dankbarkeit. Der Beschluß ist ahermals ein Beweis dafür, daß die Gewalt uns zwar räumlich trennen kann, daß aber nichts imstande ist, die Bande gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer Kultur zu lösen, die uns mit den Brüdern im Reiche verbinden. Ich spreche im Namen des ganzen Hauses und aller seiner Mitglieder, wenn ich sage: Unseren Brüdern im Reiche innigsten Dank für diese Hilfe in schwerster Zeit, für diesen Akt außerordentlicher Großmut, den wir nie vergessen werden. (Lebhafter langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Sodann wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Wiener Blätterstimme.

WTB. Wien, 28. November. Zu der Meldung von dem Beschluß der Nationalversammlung über die Hilfe für Oesterreich schreibt die „Neue Freie Presse": Diese Nachricht wird in der Republik Oesterreich und ganz besonders in Wien mit herzlichem Dank aufgenommen werden. In anderen Blättern ist noch keine Aussprache dazu enthalten. Dagegen bringen sie Aeußerungen von hiesigen Ententevertretern zu der deutschen Hilfsleistung.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 28. November. (Eigene Drahtnachricht.) Aus dem Untersuchungsausschuß wird mitgeteilt: Es werden Gerüchte verbreitet, als ob der parlamentarische Untersuchungsausschuß seine Arbeiten eingestellt hätte und langsam in der Versenkung verschwinden wollte. Das Gegenteil trifft zu. Der Ausschuß arbeitet daran, seine Methode zu verbessern. Unrichtig ist es auch, daß beschlossen sei, daß der Zweite Untersuchungsausschuß vor Weihnachten keine öffentlichen Sitzungen mehr abhalten werde. Ueber den Zeitpunkt der weiteren Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs konnte mit Rücksicht auf die Tagung der Nationalversammlung ein Beschluß noch nicht gefaßt werden. Nach Abschluß dieser Vernehmungen wird der Zweite Untersuchungsausschuß eine längere Pause eintreten lassen, da das Material für seine weitere Tätigkeit noch nicht hinreichend gesichtet ist. Die Arbeiten des Ersten Untersuchungsausschusses, dem die Vorgeschichte des Krieges unterstellt, sind soweit gediehen, daß mit der öffentlichen Vernehmung von Auskunftspersonen gleich zu Beginn des neuen Jahres angefangen werden kann.

Neue Waffenstillstandsverhandlungen mit den Letten.

WTB. Berlin, 28. Nov. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erfährt, sind bereits neue Waffenstillstandsverhandlungen mit den Letten im Gange. Da die Kriegserklärung wohl ergangen, zum Kriegführen jedoch niemand da ist, braucht rein praktisch genommen der Abbruch der Beziehungen nicht zu tragisch genommen zu werden. Dürfte es doch zu kriegerischen Verwickelungen schwerlich kommen. Warum

der Krieg erklärt

worden ist, ist nicht recht erklärlich. Von seiten der Letten werden eine Reihe von Forderungen gestellt, die erkennen lassen, daß es den Letten in erster Linie um den Besitz des deutschen Heeresmaterials zu tun war. Lautet die dritte Forderung doch auf Uebergabe des Materials in unverehrtem Zustande. Die Mitglieder der lettischen Gesandtschaft in Berlin werden erst dann ihre Pässe zugestellt erhalten, wenn die unbeschädigte Ausreise der deutschen Bevollmächtigten in Riga, Schlemann und Dr. Küch, gesichert erscheint. Man darf als Motivierung der Erklärung des Kriegszustandes auch annehmen, daß die lettische Regierung, deren Stellung bereits wankend geworden ist, bei dem ausgesprochenen Deutschenhaß der lettischen Bevölkerung durch diese Handlung ihre eigene Lage zu verbessern hofft.

Kehrt v. Simson nach Paris zurück?

Berlin, 28. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die Abreise Ministerialdirektors v. Simson aus Paris hat mehrfach zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß die Verhandlungen völlig abgebrochen seien. Wie wir hören, ist dies jedoch keineswegs der Fall. Die Beratungen mit den Ententevertretern in Paris haben durch die Abreise der deutschen Unterhändler lediglich eine zeitweilige Unterbrechung erfahren. Es ist aber, wie weiter verlautet, ganz und gar nicht unwahrscheinlich, daß entgegen anderslautenden Nachrichten v. Simson doch nach Paris zurückkehrt und die Verhandlungen, die augenblicklich von Freiherrn v. Lersner geführt werden, wieder leiten wird. Der Zeitpunkt seiner Rückkehr nach Paris ist bisher noch nicht festgelegt.

Tittoni geht doch.

Italiens neuer Außenkurs.

-er. Berlin, 28. November 1919.

Der Rücktritt des italienischen Außenministers Tittoni, vor einigen Tagen schon angekündigt und widerrufen, ist nun doch Tatsache geworden. Und damit bestätigt sich, was nicht schwer vorauszusagen war, daß Italien nach den Wahlen einen neuen Außenkurs einschlagen wird. Ueber zweihundert Sozialisten und Klerikale in der Kammer, das führt ganz von selbst zu einer Annäherung an das „besiegte" Mitteleuropa und zu einer Entfremdung gegenüber der lateinischen Schwester, die mit ihren Clemenceau-Wahlen das chauvinistische Gegenbild zu dem jetzt sehr friedfertig gewordenen Italien darstellt. Tommaso Tittoni, der mit der neuen Regierung Nitti im Sommer dieses Jahres ans Ruder kam, und zwar an die Stelle Sonninos trat, war nicht das erste Mal Minister des Aeußeren. Er besetzte diesen Posten schon zu einer Zeit, als die Entente in den Windeln lag und der Gedanke des Weltkrieges geboren wurde. Ein Minister, dem Doppelzüngigkeit das Um und Auf aller Staatsmannskunst bedeutete und der im gleichen Atem den Dreibund verriet, Freundschaft heuchelte, den Frieden pries und den Krieg vorbereitete. Als Oesterreich im Jahre 1908 den Bau der im Berliner Vertrag vorgesehenen Sandschakbahn ankündigte, unterstützte Tittoni sofort das russische Gegenprojekt. Während der bosnischen Krise arbeitete er in enger Verbindung mit England und Rußland der österreichischen Regierung entgegen, verlangte und erwirkte für Serbien und Montenegro die Aufhebung der Artikel 25 und 29 des Berliner Vertrages, und wunderte sich nachher, daß man in Oesterreich dem verläßlichen Bundesgenossen in der Universitätsfrage nicht mehr entgegenkam. Der Schlußstein seines Werkes war Racconigi: am 29. September 1908 wurde Herr Iswolski dort pom König empfangen, und die „Agenzia Stefani" teilte mit, daß sich eine „vollkommene Uebereinstimmung der Anschauungen" ergeben hätte. Im Oktober des folgenden Jahres kam der Zar selbst dahin, und die „Stefani" verkündete, daß „Italien und Rußland in den Balkanfragen das gleiche Ziel verfolgen". Man nennt oft diese Zusammenkünfte „das erste Zeichen einer Neuorientierung der italienischen Politik". Es war im Gegenteil das letzte einer ganzen Reihe übertdeutlichen Zeichen, denen zunächst kein anderes folgte, da Tittoni fiel und sein Nachfolger, der Marchese von San Giuliano, der, soweit es in seiner Macht stand, bis zu seinem Tode loyal dem Dreibund anhing. Aber die zu fest gesponnenen Fäden konnte er nicht mehr zerreißen. Auch hatte die fortgesetzte, von einem klugen Botschafter sehr geschickt durchgeführte Beeinflussung der Presse ihm den Boden unter den Füßen durchwühlt. Tittoni wurde, wie vorher nach England, nunmehr nach Frankreich als Botschafter geschickt. Sechs Jahre lang wohnte er in dem Pariser Palais der Rue de Varenne, bis man mitten im Kriege, Ende Oktober 1916, erkannte, daß sich in der französisch-italienischen Freundschaft Risse zeigten, Tittoni legte damals sein Amt nieder, angeblich weil er die französische Luft nicht vertrage. (Dieselbe Ausrede wird auch heute gebraucht. Tittoni scheue die Reisen zu den Pariser Verhandlungen.) Er lebte dann als Staatsminister ohne Amt in Rom und bezog ein Gehalt, das nicht mehr war, als eine etwas freigebiger gespendete Pension, bis die Regierung Nitti es wieder mit ihm, einem Siebzigjährigen, versuchte. Man erwartete von ihm, daß er das Fiume- und Adria-Problem als alter Praktiker und Kenner der französischen Widerstände lösen werde. Man begrüßte ihn als den großen Charakterkopf des neuen Kabinetts und er wurde ja auch zugleich mit der Uebernahme des Außenministeriums Hauptdelegierter für Italien in Paris. Es ist ihm nichts gelungen. Alles Lavieren, alle Künste seines ausgleichenden, stets doppelt spielenden, mit Rückendeckung vorgehenden Wesens versagten. Er hinterläßt das Problem, wie er es vorgefunden. Sein Nachfolger, Senator Scialoja, der eben erst zum ständigen Vertreter Italiens im Rat des Völkerbundes ernannt worden ist, wird andere Wege gehen müssen als Tittoni. Zwischen Rom und Paris muß es zu einer peinlichen Auseinandersetzung kommen. Der Nachfolger Tittonis konnte keine bessere Anweisung für sein neues Amt erhalten, als was der offiziöse „Tempo" soeben über die Außenpolitik der künftigen Kammer schreibt. „Wenn die Franzosen im Ernst glauben, daß wir, des Fiume-Knochens wegen, uns mit ihnen in die Ehre teilen werden, Kerkermeister und Henker der europäischen Freiheit und Werkzeuge der französischen Hegemonie zu werden, so täuschen sie sich gewaltig. Mit hundertundzwanzig Sozialisten und ebensoviel Katholiken in der Kammer und der unvermeidlichen Parlamentarisierung der bisher dynastischen und geheimen Außenpolitik ist eine Bündnispolitik mit dem Frankreich der Clemenceau und Foch ein wahrer Widersinn . . ."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191129011/fragment/page=0001

Der Wiederaufbau-Minister in Stuttgart.

Stuttgart, 28. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In einer heute hier abgehaltenen Besprechung des Reichsministers für den Wiederaufbau, Dr. Geßler, mit den Vertretern der beteiligten Kreise von Industrie, Handel und Gewerbe gab der Reichsminister Aufschluß über sein Programm für den Wiederaufbau. Der Minister betonte dabei, er sei fest entschlossen, die Feststellung der Auslandsdeutschenforderungen zu dezentralisieren und eine Lieferungsgenossenschaft zu bilden. Die Dezentralisation auf die einzelnen Länder und die Ausfuhrfragen werden durch das Reich durch die Schaffung einer Zentralvermittlungsstelle unter Selbstverwaltung der Industrie- und Handelskreise geregelt. Beim Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte werde Industrie und Gewerbe Süddeutschlands in hervorragendem Maße beteiligt sein.

Kasseler Strömungen gegen Scheidemann

Kassel, 28. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die Kandidatur Scheidemanns für den Oberbürgermeisterposten begegnet bei den bürgerlichen Kreisen heftigem Widerspruch. Die rechtsstehenden Blätter sind entschieden gegen Scheidemanns Berufung und fordern einen tüchtigen Verwaltungsfachmann. Auch die demokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung nahm entgegen anderer Mitteilung Stellung gegen Scheidemann mit dem Beschluß, die ordnungsmäßige Ausschreibung des Postens zu verlangen.

Besprechungen über Kohlenpreise in Essen.

WTB. Essen, 28. November. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat beruft auf den 4. Dezember eine Zechenbesitzerversammlung ein, auf deren Tagesordnung unter anderm die Besprechung der Preisfrage steht.

Eine Entschließung des Betriebsräte-Ausschusses.

WTB. Berlin, 28. Nov. Im Betriebsrätenausschuß der Nationalversammlung wurde ferner mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen folgender Antrag des Zentrums und der Demokraten angenommen:

„Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat in den Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken das Recht, vom Arbeitgeber zu verlangen, das er den Betriebsausschuß oder, wo ein solcher nicht besteht, dem Betriebsrat über alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß zu geben und die Lohnbücher vorzulegen hat. Ferner hat der Arbeitgeber mindestens vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und Gewerbes im allgemeinen und über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf im besonderen zu erstatten. In Unternehmungen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, können die Betriebsräte der zu der Unternehmung gehörigen Betriebe verlangen, daß den Betriebsausschüssen und, wo solche nicht bestehen, den Betriebsräten alljährlich vom 1. Januar 1920 ab eine Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für das verflossene Geschäftsjahr zur Einsicht-Einsichtnahme vorgelegt und erläutert wird. Die Instrechnung für das verflossene Geschäftsjahr zur Schriften des Handelsgesetzbuches zu entsprechen. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden keine Anwendung auf Unternehmungen, die nicht mindestens 100 Angestellte oder 500 Arbeiter im Betriebe beschäftigen. Die Mitglieder des Betriebsausschusses oder des Betriebsrates sind verpflichtet, über die ihnen vom Arbeitgeber gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Die kommende erste Auslieferungsliste.

Basel, 28. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Der Lyoner „Progres“ schreibt, daß mit der Note Clemenceaus über die Ratifizierung des Versailler Vertrages die erste Auslieferungsliste an Deutschland überreicht werde. Die deutsche Kommission verläßt am Tage der Ratifikation Paris und begibt sich nach Deutschland.

Zur italienischen Regierungskrise.

Kopenhagen, 28. Nov. (Eigene Drahtnachricht. „Politiken“ melden aus London: Wie das Reutersche Bureau aus Rom berichtet, bedeutet der Wahlsieg der Sozialisten eine ernste Krise nicht nur für das Kabinett, sondern auch für das regierende Fürstenhaus.

Verheimlichung der Clemenceau-Note in Frankreich.

WTB. Paris, 28. November. Die Note Clemenceaus über die Kriegsgefangenenfrage ist in Frankreich nicht veröffentlicht worden. Die „Presse de Paris“ veröffentlicht lediglich nach deutschen Blättern in einem Telegramm aus Basel einen Auszug.

Lloyd George über Ratifikationsfragen.

WTB. Amsterdam, 28. November. Laut „Telegraaf“ erwiderte Lloyd George im englischen Unterhause auf die Frage, welche Folgen die Hinausschiebung der Ratifikation des Friedensvertrags durch den amerikanischen Senat auf die Volksabstimmungen und die im Friedensvertrag vorgesehenen Ausschüsse haben werde: Der Oberste Rat hat beschlossen, der deutschen Delegation mitzuteilen, daß alle Kommissionen, die von den alliierten und assoziierten Mächten zusammengestellt werden müssen, unverzüglich ernannt und ihre Arbeiten sofort beginnen werden. Auf die Frage, welche Folgen der Beschluß der Vereinigten Staaten von Amerika, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren, auf den Dreibund zur Verteidigung Frankreichs haben werde, antwortete Lloyd George, die Ratifikation des Friedensvertrags durch die englische Regierung hänge von der Ratifikation durch die Vereinigten Staaten ab. Die Weigerung der amerikanischen Regierung, den Friedensvertrag zu ratifizieren, brauche jetzt nicht notwendigerweise Einfluß auf den Friedensvertrag als solchen zu haben, vorausgesetzt, daß das Parlament den Dreibundvertrag ratifiziere.

Die gelbe Gefahr.

Washington, 28. November. (Eigene Drahtnachricht.) Die interalliierte Arbeitskonferenz befaßte sich gestern mit verschiedenen Problemen der japanischen Abordnung. Die Japaner wenden häufig ein, daß die industrielle Entwicklung Japans im Vergleich zu den europäischen Ländern noch ziemlich rückständig sei. Es würde also für Japan sehr viel bedeuten, die Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden anzunehmen. Japan werde durch diesen Beschluß jedoch gezwungen, in wenigen Monaten den gleichen Schritt zu unternehmen, zu dem Europa über 100 Jahre brauchte. Japan sei aber bereit, einen Uebergangsmodus und zwar eine Beschränkung der Arbeitszeit auf 10 Stunden zu treffen und dann weiterzusehen. Diese Mitteilung erregte auf seiten der belgischen, holländischen, italienischen und spanischen Arbeitergruppen den größten Widerspruch. Es wurde hier betont, daß die Rückständigkeit Japans durchaus keine Entschuldigung sei, sondern daß dem Lande daraus vielmehr ein Vorwurf gemacht werden müsse. Japan müsse ferner einsehen, daß die europäische Industrie durch den unbeschränkten Wettbewerb Japans wesentlich gefährdet wäre. Wenn Japan darauf bestehe, eine Ausnahme zu bilden, könne sein Wettbewerb auf die europäische Industrie sogar tödlich wirken.

Amerikanische Intervention in Mexiko?

Hamburg, 28. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Das „Hamburger Fremdenblatt“ berichtet von der schweizerischen Grenze: Nach Meldungen, die der „Secolo“ aus Washington erhielt, stehen die amerikanischen Truppen zur Intervention in Mexiko bereit. Amerikanische Blätter versichern, daß diese Intervention vom amerikanischen Senat gründlich gewollt sei.

Die Lage in Aegypten.

Lugano, 28. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die Turiner „Stampa“ veröffentlicht über Malta unter dem heutigen Datum eingetroffene Berichte über die äußerst ernste Lage in Aegypten. Die Unruhen dauern in Kairo, Alexandrien, Suez und Port Said an. General Allenby hat den Belagerungszustand erklärt und Kriegsgerichte eingesetzt, welche schon verschiedene Todesurteile gefällt haben. Diese wurden sofort vollstreckt. Die muselmanischen Zeitungen werden unterdrückt und ihre Mitarbeiter verhaftet. Sensationell wirkten die Verhaftungen von Mahmud Seiman Pascha, Präsident, und Seid Pascha, Vizepräsident des Komitees der europäischen Delegation, welche nach Malta gebracht und vor ein Militärgericht gestellt wurden. Englische Truppen wurden von Cypern und Palästina nach Aegypten gebracht und auch Besatzungstruppen des englischen Mittelmeergeschwaders wurden in Aegypten ausgeschifft.

Der Lockvogel der Bolschewisten.

Kopenhagen, 28. Nov. (Eigene Drahtnachricht. „Politiken“ meldet aus Paris: Nachrichten aus Sowjetrußland zufolge sind die Friedensbestrebungen der Sowjetregierung den Ententeländern gegenüber völlig ernst. Die Bolschewisten verfügen über große Goldsummen, die genügen, um alle Waren, Maschinen, Lebensmittel und sonstige Materialien, die sie brauchen, mit Gold zu bezahlen, falls mit der Sowjetregierung der Handel wieder aufgenommen werde.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 28. Nov. (86. Sitzung.) Am Ministertische: Hirsch, Fischbeck.

Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 40 Minuten.

In Beantwortung kleiner Anfragen teilt die Regierung mit, daß die grundsätzliche Gleichstellung der Juristen und höheren Techniker an allen staatlichen Verwaltungen bei der nächsten Gehaltsreform in Aussicht genommen sei, daß die Gemeindebehörden gegen die wucherische Ausbeutung von wohnungluchenden Leuten schon jetzt wirksame Handhabe besitzen und daß die rechtzeitige Versendung der Frühsaatkartoffeln durch die Reichskartoffelstelle nicht unterbunden sei.

Es folgt die Abstimmung über den

Haushalt der preußischen Regierung.

Der Haushalt wird mit den Anträgen des Ausschusses angenommen. Ebenso findet eine Reihe von Anträgen aus dem Hause Annahme, darunter der Antrag der Deutschnationalen auf Bildung eines Regierungsbezirks „Grenzmark Westpreußen-Posen“, ferner der Antrag Schmittmann (Ztr.) über die rheinische Musterschau und der Antrag Hammer (Dn.) über die Vertretung des Handwerks, der gewerblichen Genossenschaften und des Einzelhandels im Reichswirtschaftsrat. Die Anträge der Unabhängigen, den Bußtag abzuschaffen und den 9. November zum Feiertag zu erklären, werden abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung nimmt hierauf das Wort Ministerpräsident **Hirsch**: In der Nationalversammlung ist es gestern zu einer Auseinandersetzung gekommen, zu der die preußische Regierung nicht schweigen darf. Es wurde hingewiesen auf die verfehlte Behandlung des Volkes im alten Regiment, insbesondere auch beim Kulturkampf und der Behandlung nationaler Minderheiten. Die leitenden Männer der heutigen Regierung haben oft genug die verfehlte Politik der alten Regierung bekämpft, halten es aber für durchaus einseitig, wenn in der gegenwärtigen Lage Deutschlands bei solcher Erörterung nur die Fehler der Vergangenheit betont werden und nicht auch erwähnt wird, daß das neue Preußen sich von diesen Methoden der Unfreiheit abgewendet hat. Die preußische Regierung steht auf dem Boden der

weitestgehenden Demokratie

(Lachen bei den Unabh.), namentlich auch der Gemeinden und Provinzen, so daß auch hier jede Unterdrückung der religiösen und völkischen Rechte ausgeschlossen ist.

Dieser Politik der Gegenwart gegenüber können die Versuche zur Zersplitterung Preußens keine Rechtfertigung aus den Fehlern der Vergangenheit beanspruchen. Die öffentliche Meinung in den Abstimmungsgebieten zeigt uns, daß die dortige Bevölkerung sehr wohl den Unterschied zwischen der alten überwundenen Politik und den neuen Grundsätzen der Freiheit zu machen weiß. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß die Idee des geeinigten Deutschlands vor allem in Preußen ihre Förderung und durch Preußen ihre Verwirklichung gefunden hat, und daß Preußen seit der Gründung des Zollvereins für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft geradezu Entscheidendes getan hat. Wir erachten diese Aufgabe Preußens nicht als beendet, sondern werden, was an uns liegt, weiter wirken, um den

Geist der Einheit zur Geltung zu bringen.

Die Regierung richtet an das Volk die Mahnung zur Einigkeit im Denken und im Handeln. (Lebhafter Beifall.)

Die Besprechung der förmlichen Anträge Dr. Brackmann (Ztr.) und Genossen über das Friedmannsche Tuberkulosemittel wird fortgesetzt.

Minister Haenisch verliest eine Erklärung Friedmanns, wonach dieser es entschieden ablehnt, von den zur Errichtung eines Instituts zur Erprobung des Mittels zur Verfügung gestellten 700 000 Mk. etwas für sich in Anspruch zu nehmen.

Abg. Dr. Weyl (U. S.): Nur eine Schärfung des sozialen Gewissens und die Besserung der sozialen Verhältnisse kann die Tuberkulose wirksam einschränken. Man hätte Friedmann ein Krankenhaus zur Verfügung stellen sollen.

Minister Haenisch: Ich habe mich vergeblich bemüht, Herrn Dr. Friedmann eine staatliche Klinik zu verschaffen, und dann Herrn Parnus, mit dem ich seit 25 Jahren befreundet bin, und von dem ich wußte, daß er im ersten Kriegsjahre zu großem Wohlstand gelangt ist, gebeten, mit ein paar 1000 Mark für den guten Zweck der Einrichtung eines Instituts Herrn Friedmann eventuell à fonds perdu zu Hilfe zu kommen. Von dem in den Zeitungen erwähnten Vertrag ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. Thaer (D. Vpt.) weist darauf hin, daß in Amerika das Mittel trotz der Reklame keinen Anklang gefunden hat.

Abg. Dr. Faßbender (Ztr.) meint, der Ausschuß sollte möglichst sofort zusammentreten.

Abg. Graef-Frankfurt (Soz.) hofft, daß der Ausschuß sich nur mit dem Mittel und nicht mit der Person Friedmanns beschäftigen wird.

Die Erörterung schließt.

Ein Zentrumsantrag auf Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Straßenwärter bei den Provinz- und Kreisbehörden wird angenommen.

Eine Reihe von Anträgen auf Berücksichtigung weiterer Beamtenwünsche wird für erledigt erklärt.

Montag 1 Uhr: Antrag Heilmann betreffend die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke; Anfragen und Bittschriften.

Schluß 4½ Uhr.

Deutsches Reich.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

WTB. Berlin, 28. Nov. Vormittagsziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie. 30 000 Mk. auf Nr. 202 201. 10 000 Mk. auf Nr. 143 975. 5000 Mk. auf Nr. 113 387, 210 309. 3000 Mk. auf Nr. 10 146, 14 890, 17 141, 24 518, 29 440, 32 345, 37 489, 47 710, 48 800, 57 818, 68 690, 71 128, 71 468, 83 997, 91 416, 92 435, 103 617, 104 707, 107 295, 133 263, 133 525, 137 162, 141 789, 160 310, 186 665, 213 079, 217 041, 221 450, 223 398, 233 941.

Nachmittagsziehung: Nr. 34 439 wurde mit 500 000 Mk. gezogen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 29. November 1919.

Drahtlose Telegraphie und Telephonie.

Der Siegeszug der deutschen Technik.

Aus der Erwägung heraus, daß auch Fernerstehende an der deutschen Technik Interesse haben, hatte der Verband der Thüringer Ingenieure seinen gemeinten Vortrag über die neuesten Fortschritte auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie und Telephonie nicht im internen Mitgliedertreise behalten, sondern Einladungen an einen größeren Kreis ergehen lassen, denen fast restlos Folge geleistet war. Als der stellvertretende Vorsitzende den Vortragsabend eröffnete, war der Saal überfüllt.

Der Vortragende, Herr Dr.-Ing. Gewecke, Oberingenieur bei der Telefunkengesellschaft, weihte die Anwesenden an Hand von Lichtbildern in die Geheimnisse der Telephonie und Telegraphie ein. Nach einigen allgemein einleitenden Worten nahm er zunächst die Telegraphie vor. Die Fortschritte in der Telegraphie setzen mit dem Augenblick ein, als an die Entwicklung und Vervollkommnung der Hochvakuum- oder Kathodenröhre gegangen wurde. Diese Instrumente, die mit zu den wichtigsten Bestandteilen der Aufnahme- oder Gebestation gehören, hat man jetzt bis zu 1½ Meter Länge vergrößert und natürlich auch dementsprechende Leistungen damit erzielt. Durch zahlreiche Lichtbilder wurde dieser, einer Glühbirne ähnelnde Apparat ausführlich erklärt. Die meist schon bekannte Antenne war in natura vorhanden. Auch hatte der Verein nicht die Mühe gescheut, die neuesten Empfangsapparate aufzustellen, so daß praktisch ein Funkentelegramm aufgefangen werden konnte.

Den zweiten Teil des Vortrages füllte der Referent mit Erklärungen über die drahtlose Telephonie aus. Ihre Erfindung ist jüngeren Datums und daher noch nicht so ausgebildet. Trotzdem hat auch sie eine große Zukunft. Zwar wird innerhalb der Städte zunächst noch nicht drahtlos telephoniert werden können, dafür ist die Erfindung aber auf anderen Gebiete wichtig, so in dem unterirdischen Bergbau, von Stadt zu Stadt, vom Luftschiff zur Erde und vielleicht auch einmal später vom Schnellzug aus. Das ist aber noch Zukunftsmusik. Den Schluß bildete dann ein drahtloses Telephongespräch mit dem physikalischen Institut. ii.

Der Kilian-Prozeß.

Sechzehnter Tag. — Zweiter Teil.

Zeuge Seydel berichtet dann, daß es zur Vereinbarung über ein neues Ultimatum gekommen ist, das vom ersten etwas abwich. Der Magistrat sei dem Arbeiterrat soweit wie möglich entgegengekommen, um die Ruhe in der Stadt zu sichern.

Vorl.: Ist es richtig, daß Sie zur Annahme durch einen gewissen Druck veranlaßt worden sind?

Zeuge Seydel: Nun ja. Wir mußten annehmen, daß der Arbeiterrat sich bemühigt: seien würde, den Magistrat ganz auszuschalten, was er ja auch tun konnte, weil er die Macht hatte. Das aber erzeugte für uns als eine Unmöglichkeit im Interesse der Allgemeinheit, weil dann Leute hätten in die Verwaltung kommen können, die hierfür weder Eignung noch Erfahrung hatten. Wir wollten ein bewußtes Opfer bringen, indem wir gewisse Rechte dem Arbeiterrat gegenüber aufgeben zu wollen erklärten. Persönliche Gründe haben mich nicht dazu bewogen, nur die Rücksicht auf die Gesamtheit.

Auf eine Zwischenfrage des Vorsitzenden bemerkt der Zeuge, daß vom Oberbürgermeister verlangt worden ist, er solle den neuen Beschluß des Magistrats selbst öffentlich vom Rathause aus verkünden. Da sind wir andern Magistratsmitglieder es selbst gewesen, die dem Oberbürgermeister sagten, das dürfe er nicht tun. Das war einer der Punkte, die mit Kilian erörtert wurden und über die er sehr erregte Auseinandersetzung stattfand.

Vorl.: Am 25. Februar brach hier der Generalstreik aus und dann auch als Gegenwirkung ein Bürgerstreik. Wissen Sie etwas darüber, wieviel Lebensmittelvorräte um jene Zeit in Halle vorhanden waren?

Zeuge Seydel: Ich bin auf diese Frage nicht vorbereitet. Ich war aber überzeugt, daß, wenn der Generalstreik länger andauere, wir verhungern müßten. Auf lange reichten die Vorräte nicht aus. Ich erinnere mich dunkel, daß die Kartoffeln etwa 2 Wochen, Mehl etwas länger gereicht haben würden. Mehr als die Hälfte der Milch wurde auf der Eisenbahn hierher befördert, die infolge des Stilliegens des Eisenbahnverkehrs ausblieb, wodurch also die Kinderernährung aufs äußerste gefährdet wurde. Näheres darüber wird Geheimrat Prof. Dr. Finger mitteilen können.

Vorl.: Erinnern Sie sich, daß der Magistrat ein Schreiben an den Aktionsausschuß oder an den Arbeiterrat gerichtet hat, sie möchten den Eisenbahnverkehr freigeben, damit die not-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191129011/fragment/page=0002

wendigsten Lebensmittel herangebracht werden könnten? Auf dieses Schreiben sollen Sie keine Antwort erhalten haben?

Zeuge Seydel: Das weiß ich nicht, aber es wird wohl in den Akten etwas hierüber zu finden sein. — Der Zeuge erinnert sich des Plakatanschlages, auf dem auf die Folgen des Generalstreiks für die Ernährung der Bevölkerung hingewiesen wurde. Es sind auch eine ganze Menge Lebensmittel, die für Halle bestimmt waren, anderswohin gegangen, teils waren sie auch verdorben, so daß die Bevölkerung von Halle tatsächlich gelitten hat. Der Zeuge erzählt auf Befragen der Verteidigung weiter die Vorgänge, wie ein entlassener Beamter, der ehemalige Pastor Zwick, zu ihm gekommen ist und um Oeffnung der Brotmarkenausgabe ersucht hat. Hiergegen ist nichts eingewendet worden und man hat auch die Amtsstellen geöffnet mit dem Erfolge, daß die Geschäfte sehr unzulänglich geführt wurden und daß in den Büroräumen verschiedene Gegenstände abhanden gekommen sind.

Zum Schluß berichtet der Zeuge noch, daß ihm Herr Hilbe Brandt durch Vergagen seiner Zustimmung zum Gehalt für den Bürgermeister sein Mißtrauen zum Ausdruck gebracht hat.

Zeuge Hartung wurde weiter vernommen. Er hat als Jäger am Kriege teilgenommen. Am 13. November ist er nach Halle gekommen und wurde vom Soldatenrat beurlaubt. Er nahm eine Stellung als Pförtner in der Saale-Zeitung. Er verließ hier seine Stellung und kam in das Sicherheitsregiment in die Friesenkaserne. Später wurde er mit Ferchland betraut, der zu ihm sagte: Er hätte verschiedene Sachen für ihn. Hartung wurde von Ferchland nach Spandau geschickt, um sich über verschiedene Angelegenheiten zu unterrichten. Hartung fuhr jedoch nicht nach Spandau, log aber Ferchland vor, daß er die Reise ausgeführt habe. Als Ferchland von seiner Reise aus Berlin zurückkehrte, war dieser radikaler geworden und forderte die Ablegung von Langgabzeichen.

Vom Volksblatt wurden aus dem Sicherheitsregiment Leute als Werbeverteiler angeworben, jeder erhielt 1 Mark als Lohn. Als nach der Soldatenversammlung im Volkspark ein Umzug stattfand, sprach Schönlank, der mit 100 Mann das Rathaus besetzen wollte. Nun wurde die Spannung zwischen Artillerie und dem Soldatenrat besprochen. Am 10. Januar sind ins Stadthaus Waffen gekommen. Hartung schätzt sie auf 130—150 Gewehre. Hartung erklärt: Wie mir Zeuge Weider mitteilte, sind 10 schwere Maschinengewehre vom Arbeiterrat angefordert worden. — Zeuge Weider dagegen erklärt, daß er die Herausgabe abgelehnt und gesagt habe, da müsse er erst mit Ferchland sprechen. Weider erklärt ferner, die Matrosenkompagnie und nicht der Arbeiterrat hatte die 40 Maschinengewehre gefordert. Von Ferchland sollte, wie Hartung weiter erzählt, der damals tätige Soldatenrat gestürzt werden, weil er nicht radikal genug war; und es sollte eine Rote Garde gebildet werden. Man hat auch beabsichtigt,

eine Republik Mitteldeutschland auszurufen.

Nach Braunschweig ist von Halle aus Schleifstein gefahren, während Schildbach, den Hartung für Eichhorn hält, nach Düsseldorf gereist ist. Hartung ist in Eisenach, Gotha und Erfurt gewesen, um Vertreter radikaler Richtung nach Leipzig einzuladen. Als der Rufe Radel verhaftet wurde, ging die Sache in die Brüche. Hartung behauptet noch, daß die Mitglieder in der Matrosenkompagnie einen schwunghaften Handel mit Zigaretten und Kognak (Diebesgut vom Thüringer Bahnhof hier) in den Bordells getrieben haben.

Der Verteidiger Dr. Müller sucht die Unglaubwürdigkeit Hartungs nachzuweisen, indem er auf die zahlreichen Vorstrafen Hartungs sich beruft, die bereits früher, „selbst in der Saale-Zeitung", wie der Verteidiger sich ausdrückte, veröffentlicht wurden. Hartung erzählt, daß nach seiner Verhaftung seiner Mutter 1000 Mark geboten wurden, wenn sie aussage, daß er bei der Ermordung Meseberg zugegen gewesen wäre.

Als nächster Zeuge wurde Prof. Dr. Finger vernommen. Am 8. Januar fand die Magistratsbesprechung über das Ultimatum des A. u. S.-Rates statt. Vorher hatte er mit Kilian eine rein theoretische Auseinandersetzung, in Kilian auf dem Standpunkt stand, daß Recht paragraphierte Macht sei, während Geheimrat Finger an der Idee des Rechts festhielt. Beide gaben bei der Unterredung zu, daß die Unterschiede rein theoretischer Natur seien. Die Milchversorgung der Stadt während des Generalstreiks war sehr schlecht. Der Zeuge hat oft mit Kilian verhandelt, wobei der Angeklagte stets ruhig und sachlich geblieben wäre. Der Zeuge hat sich nicht unter dem Druck des Angeklagten gefühlt, wohl aber hat die allgemeine Lage einen Druck auf den Zeugen ausgeübt.

Nächster Zeuge ist der Obersekretär Karl Sorger, der die Brot- und Mehlversorgung unter sich hat. Am 27. Februar, abends zwischen 8 und 9 Uhr, erzählt der Zeuge, kam ein Herr und bedrohte darauf, ich müsse mitkommen nach dem Stadthause. Da ich mich weigerte, kamen bewaffnete Matrosen und Soldaten und führten mich nach dem Stadthause. Dort wurde ich zu einer Erklärung genötigt, daß ich am andern Tage die Schlüssel herausgeben würde. Die Verhandlungen führte der Angeklagte. Ich hatte die Schlüssel nicht und erst am nächsten Tage sind die Schlüssel auf der Polizei ausgehändigt worden. Die Mehlvorräte langten etwa 14 Tage.

Zeuge Obersekretär Nitschke erzählt, daß er von einem Zivilisten zum Stadthaus gebeten worden sei. Vor meinem Hause stand ein Matrose, der aber nicht mitging.

Kilian forderte die Herausgabe der Zuckermarken für den Monat März.

Ich verweigerte das mit dem Vermerk, daß ich nicht einen Wert von 180 000 Mark herausgeben könnte. Da sagte Kilian: Lassen wir das, ich bitte aber um die Zuckermarken für die Kinder. Mit Rücksicht auf die Kinder habe ich dem Verlangen stattgegeben. Das war am Sonnabend, aber am Dienstag lagen die Zuckermarken noch unverwendet da.

Magistratsbeamter Stein, der die Arbeiten für die Stadtverordnetenwahlen vorzubereiten hatte, ist zwangsweise zum Arbeiterrat gebracht worden, wogegen er protestiert hat. Dort hat er den anwesenden Arbeiterratsmitgliedern und auch Herrn Kilian gesagt, er müsse schon, daß die Stadtverordnetenwahlen stattfinden sollen, daß er, der Zeuge, aber die Arbeiten für diese Wahlen nicht darum wieder aufnähme, weil das der Arbeiterrat wolle, sondern weil der Aktionsausschuß des Bürgerstreiks dazu seine Einwilligung gegeben habe. Auch der Magistrat könne ihn, den Zeugen, nicht zur Aufnahme der Arbeiten zwingen; Herr Kilian wisse doch wohl, was Organisation zu bedeuten habe?

Pastor Frankе aus Dornstedt hat von Kilian gelegentlich einer Versammlung einen Eindruck gewonnen, der „recht angenehm enttäuschte".

Nun wird der schon mehrfach gehörte Zeuge Langer aus der Haft vorgeführt und nochmals eingehend gehört. Er ist am 4. November nach Halle gekommen, lernte hier Ende Dezember Meseberg kennen, der ihm eine Stelle im Sicherheitsregiment anbot. Da ich, erzählt der Zeuge, mit meinen Eltern zerfallen war, so nahm ich das Anerbieten an und ich wurde in der Matrosenkompagnie aufgenommen, habe aber keinen Dienst getan, habe nur mein Geld und meine Verpflegung erhalten, und zwar durch Meseberg. Ich habe mich der kommunistischen Sache feinerzeit aus Idealismus zugewendet und steckte meine Nase in alles. Ich war nur etwa 10—14 Tage in der Matrosenkompagnie, wurde dann in der Brunnenschule von der 4. Sicherheitskompagnie aufgenommen und trat schließlich auf Meseberg Veranlassung zu den Regierungstruppen in Trotha über, um herauszubringen, welchen Zweck diese Truppen dienten. Ich bin auch bei der Abordnung mit gewesen, die von einer Versammlung gebildet worden war, um vom Soldatenrat die Ablegung der Kokardenzeichen zu fordern, ebenso daß die Truppentransporte nach dem Osten unterbleiben sollten usw. Diese Abordnung ist auf Betreiben Meseberts entstanden. **Wir waren fünf, sechs Mann, die nach dem Stadthaus gingen.**

Wir wußten noch gar nicht, was wir wollten.

Erst am Stadthaus überlegten wir uns, in welcher Form wir unser Verlangen vorbringen sollten. Es sollte auch die Entfernung von Posten und Stuß, weil sie zu weit rechts standen, aus dem Soldatenrat gefordert werden.

Vors.: Waren Sie am 6. Januar in einer Versammlung im Volkspark?

Langer: Dessen kann ich mich nicht genau erinnern. Auf seine früheren Aussagen hingewiesen, führt der Zeuge aus, daß am 7. Januar im Volkspark die kommunistische Partei gegründet wurde. Ich kam jeden Tag nach dem Wettiner Hof, um Meseberg zu berichten. Den Vorfall an der Reiltkaserne habe ich nicht gesehen, es kam nur eine Nachricht, es wäre dort etwas geschehen.

Hier wird auf den Vorfall an der Reilstraße kurz eingegangen. Der Zeuge Weider erzählt, daß ein Zug mit 8 Gewehren und einer roten Fahne nach dem Wettiner Hof gekommen und dort entwaffnet worden sei.

Den Zug nach der Reiltkaserne hätte Schumacher ins Werk gesetzt.

Hätte der Feldwebel damals nicht die Handgranate aus der Reiltkaserne geworfen, so würden aus der Kaserne von der Menge die Waffen geholt worden sein.

Zeuge Langer erzählt weiter, wie es zur Bildung einer Ortsgruppe des Spartakusbundes in der Kolonnade des Volksparkes durch Schönlank gekommen ist. Schönlank sagte:

Die kommunistische Partei in Halle ist eine Kaffeegesellschaft.

Nach der Versammlung wäre dem Zeugen ein Zettel gezeigt worden, mit dem Namen Kilian unterzeichnet, auf dem zur Bewaffnung aufgefordert und die Besetzung der Hallischen Zeitung zum Druck der Roten Fahne als notwendig hingestellt wurde. — Zeuge Hartung meint, Pludra habe den Zettel geschrieben, der allerdings den Namen Kilian trug. Offenbar mißte Pludra die Unterschrift gefälscht haben. Kilian habe nichts mit der kommunistischen Partei zu tun gehabt. Es gingen denn auch etwa 10 Mann nach der Hallischen Zeitung.

Zeuge Weider erzählt, daß einige Leute ohne Ausweis nach dem Wettiner Hofe gekommen seien und Waffen von der Matrosenkompagnie verlangt hätten. Sie wären ihnen verweigert worden. Jedoch wollte Waffen haben. Schumacher ist mit im Zuge, der nach der Reiltkaserne ging, gewesen.

Langer: Meseberg harmonierte mit Schumacher. Die Abordnung von 6 Mann, die nach dem Stadthause kam, verlangte auch Waffen. Darauf stellte Schumacher den Antrag (auf Bildung einer Roten Garde). Auf wessen Plan die Besetzung des Artilleriedepots zurückzuführen sei, weiß der Zeuge nicht. In der Matrosenkompagnie war schon vor der Versammlung der Unteroffiziere im Ministerium die Rede davon, daß die Waffen vor der Artillerie gesichert werden müßten.

In der 4. Sicherheitskompagnie wurden die Mannschaften zum Beitritt zur unabhängigen und kommunistischen Partei aufgefordert. Diese Kompagnie stellte eine Blütenlese von gewissen Elementen dar. Ich will mich nicht besser machen als ich bin. Die Angehörigen, Freunde und Bekannten der Soldaten der 4. Kompagnie zogen mit Kinderwagen zum Güterbahnhofe und da wurde nach Verständigung mit den Posten alles herausgeholt, was zu brauchen war. Zigarren und Zigaretten wurden fortgenommen.

Und da sagte jeder Hallenser: „Unser Regiment ist gut!"

(Heiterkeit.) Der Zeuge schilderte sehr drastisch die Vorkommnisse, womit er nicht sagen wollte, meinte er, daß er selbst dabei gewesen wäre. — Zeuge Hartung bestätigt, daß diese Schilderungen zutreffend wären. — Zeuge Langer bemerkt ausdrücklich, daß er nur von der 4. Sicherheitskompagnie spreche. Er habe nicht gewagt, Anzeige zu erstatten, weil er fürchtete, daß er mißhandelt werden könnte. Auf Befragen des Vorsitzenden teilt Langer mit, daß ihm im Gefängnis mehrfach gedroht worden ist: Wenn Du herauskommst, laß Dich bloß nicht mehr in Halle blicken!

Auf Widersprüche zwischen seiner jetzigen Aussage und früheren Vernehmungen von der Verteidigung hingewiesen, bemerkt Langer, er hätte früher in seiner eigenen Sache ausgesagen gehabt und er habe früher Angaben gemacht, die Kilian nicht belasten sollten, weil er, der Zeuge, hoffte, wovon ja auch immer im Gefängnis gesprochen wurde und jetzt noch gesprochen wird, daß er aus dem Gefängnis befreit werden wird, weil er dachte, es würde noch seiner Befreiung

auch auf ihn ein Strauß vom hallischen Königtum fallen.

(Heiterkeit.) Waffen sind nach Ammendorf gebracht worden, wie ein Kraftwagenführer gesagt hat.

Die Vernehmung Langers wird hier abgebrochen und die Verhandlung auf Sonnabend früh vertagt.

Der Hallische Volksschullehrerverein

beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den Ministerialerlassen vom 20. 9. 19, betreffend Regelung des Konferenzrechtes der Lehrer und Uebertragung einzelner Funktionen der Kreisschulinspektoren an Fachleute. Es wurde ein orientierender Vortrag gehalten, der auch zeigte, welche Stellung die verschiedenen Fachgeleitungen der Lehrer und Rektoren zu der Frage einnehmen. Zu Anschluß an den Vortrag erfolgte eine Besprechung, die sich zu folgender Entschließung verdichtete:

„Der Hallische Volksschullehrerverein bedauert es, daß der Erlaß betr. Schulleitung (U. III. B. Nr. 2271) den berechtigten Forderungen der Lehrerschaft nicht Rechnung trägt. Er hält die im Ministerialerlaß vom 20. 9. getroffene Neuregelung der Schulleitung für durchaus unzureichend. Die Schulaufsicht in jeder Form soll ausschließlich Aufgabe des Kreisschulinspektors und der höheren Schulaufsichtsbehörden sein.

Die Durchführung einer wirklichen Selbstverwaltung verlangt entsprechende Abänderungen des Schulunterhaltungsgesetzes.

Der Hallische Volksschullehrerverein fordert deshalb die beschleunigte Einbringung einer Novelle zum Schulunterhaltungsgesetz, unverzüglich aber die Beseitigung des Klassenbesuchsrechtes der Schulleiter."

Der Verein ehemal. Städt. Oberrealschüler zu Halle veranstaltete am Montag im großen Saale des Hotel „Kaiser Wilhelm" einen schön gelungenen Vortragsabend. Nachdem der langjährige 1. Vorsitzende, Herr Bankier Robert Sombart, die stattliche Versammlung von 300 Personen begrüßt hatte, ergriff Herr Oberrealschuldirektor Dr. Schotten das Wort zu seinem angekündigten Vortrag über „Goethe als Naturforscher". In längeren interessanten Ausführungen beleuchtete der Redner die der Allgemeinheit wenig bekannte, aber hochbedeutende Naturforschertätigkeit unseres größten Dichters und verwies u. a. auf die reichen Schätze, die im Goethehaus zu Weimar von der Vielseitigkeit des gewaltigen Denkers Zeugnis ablegen. Wirkungsvoll unterstützt wurden die geistvollen Ausführungen des Redners durch die treffliche Wiedergabe Goethescher Dichtungen „Der Zauberlehrling" und „Der Fischer" von seiten der Rezitatorin Frl. Lotte-Martha Hentschel. Deren Schwester, Frl. Käthe Hentschel, erfreute sodann die Zuhörer durch den beseelten Violinvortrag der „Legende" von Wieniawski und einer Walzers von Burmeister. Schließlich erfreute auch noch das Vorstandsmitglied, Herr Erich Blasche, die Versammlung mit seinem geschulten Bariton durch den Vortrag der Arie aus Lortzings „Waffenschmied" und des stimmungsvollen Liedes unseres einheimischen Komponisten Justizrat Eulenbergs „Wie könnt' ich dein vergessen". Der Redner sowie alle anderen Mitwirkenden ernteten lebhaften Beifall. Noch sei erwähnt, daß der im steten Aufblühen begriffene, seit über 10 Jahren bestehende Verein jetzt schon 212 Mitglieder zählt.

Ausstellung hallischer Künstler. Herr Thiersch, Direktor der hiesigen Handwerkerschule, wird am Sonntag, 12 Uhr, in der Ausstellung über den Künstler K. Schmidt-Rottluff und sein Werk kurz sprechen.

Dachstuhlbrand. In der Märkerstraße, gegenüber der Fabrik von Kathe, brach heute morgen gegen 11 Uhr ein Dachstuhlbrand aus. Die Wehr, die bald zur Stelle war, konnte des Brandes schnell Herr werden.

Vom Tage. Am Saubienhafen kam ein Pferd zu Fall; es mußte durch die Feuerwehr wieder aufgehoben werden. — Wegen Vornahme unsittlicher Handlungen an einem Schulmädchen wurde ein Mann verhaftet.

Kupferdiebe. Hier wurden zwei verdächtige Männer von Kriminalbeamten angehalten, als sie für etwa 3000 Mk. Kupfer abzusetzen versuchten. Ihre Angaben über die Herkunft des Kupfers erschienen unglaubhaft. Es wurde darauf weiter festgestellt, daß es von einem großen Werk der Provinz gestohlen war. Zwei Arbeiter sind im Laufe der noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen als Diebe festgenommen, ebenso einer der Anbieter als Hehler. In einem Dorfe wurde später noch für etwa 3000 Mark Kupfer in der Düngergrube vorgefunden und beschlagnahmt, das ebenfalls aus diesem Diebstahl herrührte.

Gefälschte Zigarettenbanderolen. Obgleich eine beträchtliche Anzahl Schieber große Gewinne durch den Schleichhandel mit Zigaretten erzielt, scheint gewissen Kreisen dieser Verdienst noch nicht genug zu sein. So haben neuerdings verbrecherische Elemente begonnen, Steuerbanderolen zu fälschen. Da sie dabei mit außerordentlicher Verschlagenheit vorgehen, ist die Festnahme der Fälscher überaus schwierig. Nur mit großer List gelang es daher dieser Tage einen Beamten, der seit kurzem von der Abteilung „Wiedererfassung" des Reichsverwertungsamtes an der holländischen Grenze eingerichteten Militärpolizei, ein solches Fälschernest auszuheben. Der Beamte hatte sich an die Fälscher heranzuarbeiten und ihr Vertrauen in so hohem Maße zu erringen gewußt, daß ihm die Räume und die Herstellungsart der falschen Banderolen gezeigt worden waren. Die Untersuchung des Nestes förderte eine im Keller unter Stroh verpackte Steindruckpresse zu Tage, sowie unter altem Gerümpel den lithographischen Stein und aus dem Badeofen einige tausend Stück fertig gedruckte Banderolen. Die „Fabrik" nebst 2000 Mark in barem Gelde wurden beschlagnahmt und die Fälscher verhaftet.

Provinzial-Nachrichten.

Sechs Eisenbahnwaggons Metall verschoben.

)(**Erfurt**, 28. November. Vor längerer Zeit verkaufte eine Erfurter Metallwarenfabrik an auswärtige Firmen sechs Waggons Metall. Die Waggons waren richtig beladen und mit den vorgeschriebenen Begleitpapieren auf dem Erfurter Güterbahnhof übernommen worden. Als sie trotz längeren Wartens nicht an ihren Bestimmungsort ankamen, verfolgte die Polizei ihre Spur. Das war nicht einfach. Man konnte die wertvolle Sendung nur bis zur Abfertigung des betreffenden Güterzuges in Erfurt verfolgen; von da an schienen die sechs Wagen vom Erdboden verschwunden zu sein. Natürlich lenkte sich der Verdacht auch auf Eisenbahnbeamte, die beim Verschieben der Waggons behilflich gewesen sein mußten. Diesen Verdacht bestätigte die umfangreiche Untersuchung. Die sechs Waggons wurden durch die Mithilfe von Eisenbahnbeamten zunächst von Erfurt nach Leipzig an den Metallwarenhändler Adler geleitet, der den kostbaren Inhalt der Wagen für verhältnismäßig billiges Geld erwarb. Adler versah die einzelnen Waggons mit anderen Klebezetteln und Begleitpapieren und ließ sie eingeln an seine Abnehmer in Berlin, Stettin, Hamburg und Frankfurt am Main abgehen. Natürlich leistete Adler diese anstrengende Arbeit keineswegs umsonst; der Preis des etwa 84 000 Kilo schweren Metalls hatte sich inzwischen beinahe verdoppelt. Die Abnehmer Adlers hatten natürlich nichts Eiligeres zu tun, als nun ihrerseits wiederum das ankommende Metall mit einem entsprechenden Aufschlag weiter zu verschieben. Wenigstens konnte durch die Untersuchung nichts mehr herbeigeschafft werden.

Der Gesamtwert der sechs Waggonladungen belief sich auf etwa 200 000 Mk. In der Angelegenheit wurden dem „Allg Ang." zufolge 10 Personen verhaftet, darunter 4 Eisenbahnbeamte.

\# **Wettin**, 28. Nov. (Das Opfer von Schwindlern.) Ein hiesiger Landwirt begab sich vor einiger Zeit nach Halle, um bei einer Versteigerung ein Pferd zu kaufen. Ein Fremder, der die Absicht des Landmanns bemerkte, stellte sich ihm — nach berühmtem Muster — als Direktor der Landwirtschaftskammer vor. Er erklärte sich bereit, ihm gegen eine Anzahlung von 5000 Mk. ein tadelloses Pferd zu beschaffen, er, der Landwirt, könne es anderntags in Trotha abholen und den Rest des Kaufgeldes begleichen. Der Landwirt ging darauf ein. Als er nach Trotha kam, machte ihn ein Wirt darauf aufmerksam, daß er jedenfalls einem Schwindler in die Hände gefallen sei. Diese Tatsache bestätigte sich, denn ihm wurde in Halle die Mitteilung gemacht, daß er am gleichen Tage schon der Fünfte sei, den ein Schwindler betrogen habe.

△ **Salzungen**, 28. Nov. (Schiebungen.) Hier wurden die angesehenen Geschäftsleute Foerster und Uhlig verhaftet, weil sie in dem Verdacht stehen, an der Verschiebung gestohlener Felle beteiligt gewesen zu sein. Es handelt sich um 100 000 Mark-Werte. Die Verhafteten, die in das Eisenacher Gerichtsgefängnis eingeliefert wurden, behaupten, nicht gewußt zu haben, daß die Felle gestohlen seien.

* **Nordhausen**, 28. Nov. (Die Goldene Aue) gehört, obgleich sie sich im Osten von Nordhausen bis an die Tore der Stadt erstreckt, fast völlig zum Kreis Sangerhausen. Kürzlich wurde nun in einer Bürgervereinsversammlung im nahen Sundhausen angeregt, die Gemeindevorstände oder Gemeindevertretungen möchten höheren Orts vorstellig werden, daß die Orte des Kreises Sangerhausen, die in der Nähe Nordhausens liegen und mit dieser Stadt ein Wirtschaftsgebiet bilden, vom Kreise Sangerhausen losgelöst und mit dem Kreise Grafschaft Hohenstein vereinigt werden. Sie würden dann aus dem Regierungsbezirk Merseburg ausscheiden und zum Erfurter Bezirk kommen. Es handelt sich hier um einen Gebietsstreifen, der nördlich der Windleite liegt und von Helme und Zorge durchflossen wird.

Vermischtes.

Von der Eisenbahn überfahren.

Magdeburg, 28. Nov. Gestern wurde bei Bahnhof Osterweddingen der Strecke Halberstadt—Magdeburg das Fuhrwerk des Oberamtmanns Schäper aus Sülldorf durch den D-Zug überfahren. Die Frau des Oberamtmanns, sowie zwei weitere Personen wurden getötet. Eine andere Frau wurde schwer verletzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191129011/fragment/page=0003

600 Prozent Gemeindeeinkommensteuer in Königsberg. Ohne die Beratung über die Nachtragsumlage von 150 Prozent für die Einkommensteuer abzuwarten, hat der Magistrat von Königsberg neuerdings eine Erhöhung um 32 auf 182 Prozent beantragt. Er hofft damit Mittel zu Beschaffungsbeihilfen für Arbeiter zu gewinnen. Die Gemeindeeinkommensteuer erreicht damit den exorbitanten Satz von rund 600 Prozent. In der Begründung wird ausgeführt, daß, obwohl die Arbeiter unter der Teuerung weniger leiden als die Beamten und Angestellten, der Magistrat sich doch verpflichtet halte, obigen Antrag zu stellen, obwohl ihm mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt schwere Bedenken entgegenstehen.

Großer Fabrikbrand. Die Zuckerfabrik M. B. Teller in Sedletz in Böhmen ist abgebrannt. Schaden 15 Millionen Kronen. Die Fabrik war auf eine Erzeugung von 500 000 Meter-Zentner eingerichtet, hatte im Kriege aber nur 200 000 Meter-Zentner jährlich erzeugt. Die Lager mit ungefähr 100 000 Meter-Zentner Würfelzucker sind gerettet.

Versendung australischer Landschnecken. „Times" melden aus Sidney, daß die Trockenheit in Australien einen beunruhigenden Umfang angenommen hat. Große Landstrecken haben sich in wandernde Sand-Dünen verwandelt. Städte und Dörfer wurden geräumt.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußballsport.

Nürnberg-Fürth gegen Berlin am 14. Dezember. Den angestrengten Bemühungen des Verbandes Brandenburgischer Ballspielvereine ist es gelungen, für das wegen des spielunfähigen Bodens am 23. November angesagte Spiel der Städtemannschaften Nürnberg-Fürths und Berlins einen neuen Termin zu bekommen. Die Verhandlungen zwischen dem V. B. B. und dem Süddeutschen Fußballverband haben zu dem Ergebnis geführt, daß der S. V. B. für dieses hochwichtige Treffen einen Tag freigegeben hat und als Termin den 14. Dezember bestimmt hat.

Schwimmsport.

Das Internationale Schwimmfest in Leipzig des 1. Leipziger S. C. Poseidon mußte nunmehr für kommenden Sonnabend und Sonntag wiederum abgesagt werden.

Verschiedenes.

V. f. L. (Leichtathl.-Abt.). Die Trainingsstunden am Mittwoch und Sonnabend werden von heute ab auf 8 bis 10 Uhr verlegt.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfang der Einsender verantwortlich).

Auch eine Kohlenfrage.

In einer Frage, die wohl vielen am Herzen liegt, wende ich mich heute an die Oeffentlichkeit. Ich möchte wissen, warum die städtischen Schulen schon seit einer Woche Kohlenferien haben, während die sämtlichen Schulen der Franckeschen Stiftungen noch nicht ein einziges Mal unter Kohlenmangel leiden mußten. Als Mutter von 3 Kindern, die städtische Schulen besuchen, d. h. in diesem Falle nicht besuchen, stehe ich dieser Frage mit großem Interesse gegenüber. Durch eine mit mir in demselben Hause wohnende Familie, deren Kinder die Lateinische Hauptschule und das Lyceum der Franckeschen Stiftungen besuchen, bin ich vollkommen über diese Verhältnisse unterrichtet: nur der eine Punkt ist mir unklar, woher die sämtlichen Lehranstalten von August Hermann Francke ihre großen Kohlenvorräte haben.

Hier muß doch eine Ungerechtigkeit in der Belieferung vorliegen, und es wäre im Interesse unserer Jugend, für die doch heute soviel getan werden muß, dringend erwünscht, wenn da Abhilfe geschähe, die z. T. in Form einer gleichmäßigeren Verteilung der Kohlen vor sich gehen könnte.

Das entspräche einmal dem Geiste unserer Zeit, und es wäre im Sinne aller ernster Eltern, die nur mit Sorge an die Ausbildung ihrer Kinder denken, wie auch in dem unseres ganzen Volkes, das auf die Jugend seine deutsche Hoffnung setzt.

Eine besorgte Mutter.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Enorme Preiserhöhungen für Eisen.

In der Versammlung des Stahlbundes zusammen mit Vertretern der Verbraucherkreise des Handels sowie Vertretern der Arbeitsgemeinschaften und behördlichen Beschaffungsstellen wurde die Notwendigkeit einer beträchtlichen weiteren Preiserhöhung anerkannt und, ausgehend von einer Erhöhung des bisherigen Stabeisengrundpreises von 750 Mark die Tonne, die Preise für die übrigen Walzwerkserzeugnisse in ein entsprechendes Verhältnis gebracht. Die neuen Verkaufspreise, die für Lieferung im Monat Dezember Geltung haben sollen, stellen sich wie folgt: Rohbleche 1430, Vorbleche 1465, Knüppel 1500, Platinen 1505, Formeisen 1715, Stabeisen 1745, Walzdraht 2000, Grobbleche 2235, Mittelbleche 2520, Feinbleche 2585, Feinbleche unter 1 Millimeter 2610, Bandeisen 1925. Der Aufpreis für SM Güte wurde auf vorläufig 75 Mk. festgesetzt.

Eine Erhöhung des bisherigen Unterschiedes im Vergleich zum Thomasmaterial wird mit der Preissteigerung auf dem Schrottmarkt begründet, der die Erzeuger von Siemens-Martin-Stahl in eine außerordentlich ungünstige Lage gebracht habe. Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums konnten mangels ausreichender Vollmachten ihre sofortige Zustimmung zu den beantragten Preiserhöhungen nicht erteilen. Die Einwilligung des Reichswirtschaftsministeriums muß daher noch eingeholt werden.

Devisenkurse.

Berlin, 28. November.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Vorher. Tag Geld	Vorher. Tag Brief
New York	1 Doll.	—	—	—	—
Holland	100 fl.	1663 50	1666,50	1715,5	1716,50
Dänemark	100 Kr.	8 9,25	870,75	910 25	911,75
Schweden	100 Kr.	959 25	960,75	984 25	985,75
Norwegen	100 Kr.	944,25	945,75	969 25	970,75
Schweiz	100 Fr.	944 25	945 75	828,25	830,75
Wien, altes		33,45	33,55	32,20	32,30
Oesterreich, abgest.		29,55	29 65	28 95	29,05
Prag		84 90	85 10	81,90	82,10
Ungarn		31,70	31,80	31,70	31,80

Konstantinopel Geld —.— Brief —.— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 864,25 Brief 865,75 für 100 Peseten

Helsingfors 137,25 137,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 28. Nov. Die Börse eröffnete in unregelmäßiger Haltung, wobei sich aber ein bestimmter Einfluß der vorliegenden politischen Nachrichten nicht feststellen ließ. Vielfach waren Kurserhöhungen zu verzeichnen, angeblich auf Kaufaufträge der Provinzen und des Auslandes. Sehr lebhaft gestalteten sich wieder die Umsätze in Schantungbahnaktien, die zirka 12 Prozent gewannen. Petroleumwerte lagen gleichfalls wesentlich, namentlich Steaua Romana und Deutsche Petroleumaktien. Von Kolonialwerten gewannen Neu-Guinea und Otavi 16 bzw. 11 Prozent. Kanadaaktien unterlagen starken Schwankungen; nach erheblicher Abschwächung haben sie sich wieder ziemlich auf den gestrigen Schlußkurs. Angeblich hat hierbei die Nichtaufhebung des Ausfuhrverbots für ausländische Wertpapiere eine Rolle gespielt. Schiffahrtsaktien lagen im allgemeinen recht fest. Der Anlagemarkt blieb behauptet. Oesterreichische und ungarische Renten wurden wenig gehandelt.

Produktenbericht.

Berlin, 28. Nov. Am Produktenmarkt erfuhr die Haltung des Hafermarktes infolge stärkerer Käufe Mitteldeutschlands eine Befestigung. Auch hier zeigte sich wieder mehr Begehr. Ebenso vom Westen. Für Erbsen und Bohnen wurden die außerordentlich hohen Preisforderungen bei andauerndem Kaufandrang der Kommunen weiter bezahlt. Veluschken und Pferdebohnen litten unter starkem Angebot. Die Tendenz für Lupinen war im allgemeinen recht fest; jedoch zeigten sich die Käufer zu den hohen Preisforderungen zurückhaltender. Serradella gab im Einklang mit der außerordentlichen Steigerung der Kleepreise weiter an. Heu war sehr knapp und fest bei hohem Preisangebot des Westens. Stroh war auf städtische Käufe sehr fest. Für Runkelrüben zeigte sich starker Begehr. Auch Kohlrüben und Möhren waren mehr begehrt.

Berlin, 28. Nov. Amtliche Notizen. Inländischer Hafer für 1000 Kg. in Mark: loco ab Bahn 1820 Mk. — Tendenz fest.

Metallnotierungen.

Berlin, 28. November. Preise für 100 Kg. in Mark: Raffinade Kupfer 1950—2000, Original-Hütten-Weich-Blei 680 bis 690. Hütten-Rohzink 450, im freien Verkehr 575—600, Original-Hütten-Aluminium 2600—2700, Banca, Straits, Billiton-Zinn 5350—5450, 98, 99proz. Hütten-Zinn 5200—5300, 98, 99proz. Reinnickel 3600—3700, Antimon Regulus 835—850.

Elektrolytkupfer (Notierung d. Ver. f. d. bt. Elektro): Mark 2214.

Commerz- und Disconto-Bank — Eisleber Discontogesellschaft. Auf der Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung der Eisleber Discontogesellschaft steht folgender Antrag der Verwaltung: Genehmigung der Uebertragung des Vermögens der Eisleber Discontogesellschaft in Eisleben als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation auf die Commerz- und Disconto-Bank in Hamburg-Berlin dergestalt, daß für je nom. 600 Mk. Aktien der Eisleber Discontogesellschaft mit Dividendenschein für 1919 eine Aktie der Commerz- und Disconto-Bank im Nennwerte von 1000 Mark mit Dividendenschein für 1919 und folgende gewährt wird. Beim Umtausch ihrer Aktien in Commerz- und Disconto-Bank-Aktien erhalten die Kommanditisten der Eisleber Discontogesellschaft außerdem 5 Proz. des Nennwertes ihrer Aktien in bar ausgezahlt. Das Aktienkapital der Eisleber Discontogesellschaft befindet sich auf 900 000 Mark.

Das Aufgeld für Zeitzahlungen in Papiergeld beträgt für die Woche vom 30. November bis 6. Dezember 775 Proz., bleibt somit gegen die laufende Woche unverändert.

Bevorstehende Erhöhung der Kohlenpreise. Auf den 4. Dez. beruft das Kohlensyndikat eine Zechenbesitzerversammlung ein, auf der die wiederholt vertagte Preisfrage erneut beraten werden soll, nachdem die Erhebungen des Reichswirtschaftsministers über die Selbstkosten der Zechen und die Notwendigkeit einer Preiserhöhung beendet sind. Für den kommenden Monat ist infolgedessen mit einer weiteren Erhöhung der Kohlenpreise zu rechnen.

Neue Rohfettpreise. Die Höchstgrenzen für die Rohfettübernahmepreise sind vom Reichswirtschaftsminister vom 1. Dezember ab wie folgt festgesetzt: Frisches Rinderfett, Preisklasse I 5,40 M für 1 Kg., II 4,50 M, III 3,60 M, IV 2,70 M, frisches Schaffett 4,50 M, nicht frisches Rinderfett 1,50 M, nicht frisches Schaffett 1,50 M, Abfallfette 1,50 M, Fettbrocken 3,60 M. — Der Feintalghöchstpreis beträgt bis auf weiteres 10,40 M für 1 Kg.

Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation. Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung die Erhöhung des Stammaktienkapitals um 20 Mill. Mark und des Vorzugsaktienkapitals um 12 Mill. Mk. vor. Auf je 2 Stammaktien soll eine neue zu 215 Proz. und auf je 1 Vorzugsaktie eine neue zu 108 Proz. entfallen. Die alten und die neuen Vorzugsaktien sollen mit zweifachem Stimmrecht ausgestattet werden. Die Kapitalerhöhung erfolgt zur Verstärkung der Betriebsmittel. Der Halbjahresabschluß ist noch Mitteilung der Verwaltung befriedigend. — Die Gesellschaft verfügte bisher über ein Aktienkapital von 47 Mill. Mk., das sich aus 35 Mill. Mk. Stammaktien und 12 Mill. Mk. Vorzugsaktien zusammensetzte. Wenn die Vorschläge der Verwaltung genehmigt werden, wird das Aktienkapital 79 Mill. Mk. betragen, und zwar 55 Mill. Mk. Stamm- und 24 Mill. Mk. Vorzugsaktien. Die letzte Kapitalerhöhung bei dem Unternehmen erfolgte im Jahre 1918 durch Ausgabe von 12 Mill. Mk. Vorzugsaktien.

Bevorstehende Verschmelzung im Kohlenbergbau. Gerüchtweise verlautet, wie uns aus dem Rheinlande gemeldet wird, daß der Köln-Neu-Essener Bergwerksverein auf die Kohlengewerkschaften Trier ein Angebot abzugeben beabsichtige. Der alte Plan einer Verschmelzung zwischen Phönix und Trier scheint aufgegeben zu sein.

Braunkohlenwerke Leonhard Akt.-Ges. in Zivsendorf. — Braunkohlen-Akt.-Ges. Vereinsglück. In der Generalversammlung trat ein Aktionär auf, der als Vertreter der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Akt.-Ges. angesehen wurde. Er verlangte einzelne Angaben über die Bilanzposten und erklärte sich mit der gegebenen Auskunft nicht zufrieden. Sein Antrag auf Vertagung wurde mit 4364 gegen 2084 Stimmen abgelehnt. In demselben Verhältnis wurden Bilanz und Abschluß genehmigt. Die Verwaltung wurde sodann ermächtigt zur Aufnahme von 2½ Mill. Mk. Anleihe, jedoch nicht zu einem Zinsfuß von 4½ Proz., sondern zu 5 Proz. Gegen die Aenderungen, die die Emission der Obligationen erleichtern soll, legte der betreffende Aktionär Protest ein. Der Erlös soll zu Erweiterungsbauten sowie zur Errichtung von Wohnhäusern dienen. Der Pachtvertrag mit der Braunkohlen-Akt.-Ges. Vereinsglück in Meuselwitz wurde dahin geändert, daß Leonhard anstatt ½ fünftel 1 Mg. pro Hektoliter Kohle zu zahlen hat. — Die Generalversammlung der Braunkohlen-Akt.-Ges. Vereinsglück erledigte die bekannte Tagesordnung und stimmte jenen Abmachungen zu.

Zum Verkauf der Differdinger Anlagen. Da die Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft gegenüber den Forderungen der Arbeiter und Beamten sich viel weniger entgegenkommend zeigte als die Gelsenkirchener Bergwerks- und Hütten A.-G., brach die luxemburgische Regierung die Unterhandlungen mit Deutsch-Luxemburg über den Verkauf der Differdinger Anlagen einstweilen ab. Die Arbeiter zeigen eine entschlossene Haltung und drohen mit dem Generalstreik, falls ihre Mindestforderungen nicht angenommen werden.

Malzfabrik Mellrichstadt. 1918/19 wurden die Bestimmungen der Gesellschaft in Kraft u. Mk. und in Mühlbach abgeschlossen. Einschl. 32 333 (i. V. 35 330) Mk. Vortrag ergeben sich nach 7446 (9551) Mk. Abschreibungen 36 776 (105 678) Mk. Reingewinn, welcher vorgetragen wird. Eine Dividende (i. V. 7 Proz.) wird also auf das Aktienkapital von 500 000 Mk. nicht verteilt. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung (16. Dez.) stehen auch Statutenänderungen.

Vereinigte St. Georgen- und Feldschlößchen-Brauerei, Akt.-Ges., in Sangerhausen. Im Geschäftsjahre 1918/19 ergab sich ein Bruttogewinn von 0,51 (i. V. 0,22) Mill. Mk. Die Geschäftsunkosten stiegen auf 0 42 (0,15) Mill. Mk., so daß nach 48 331 (38 894) Mk. Abschreibungen ein Reingewinn von 46 887 (31 957) Mk. verbleibt. Es soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 5 Proz. auf die Stammaktien und 6 Proz. auf die Vorzugsaktien verteilt werden. Im Vorjahre erhielten die Georgen-Aktien 5, die Feldschlößchen-Stammaktien 2 und die Vorzugsaktien 6 Proz. Die Ausschüsse werden als nicht erfreulich bezeichnet. In der Generalversammlung wurde die Dividende von 5 Proz. auf die Stammaktien und von 6 Proz. auf die Vorzugsaktien genehmigt. Ferner wurde Stadtrat Reinicke wieder und Direktor Richter neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Kulmbacher Rizzibräu-A.-G. Die Hauptversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 70 Mk. für die Genußscheine und je 6 Proz. auf die Aktien Lit. A und B fest. Die Verwaltung teilt mit, daß sie im neuen Geschäftsjahr die frühgelegte Brauereianlage „in der Sutte" in Kulmbach mit Nutzen gegenüber dem Buchwert verkauft habe. Den Geschäftsgang bezeichnete sie als zufriedenstellend, nachdem die bayerischen Brauereien mit dem ihr zugeteilten Kontingent von 15 Proz. Gerste bereits beliefert worden sind.

E. L. Kemme, A.-G., Kornbrennerei in Oppach. Die Verwaltung schlägt der Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von wieder 6 Proz. vor.

Deneckes Braunschweiger Wurst- und Fleischwarenfabrik A.-G. Im Geschäftsjahr 1918/19 ermäßigte sich der Verlustvortrag des Vorjahres von 34 345 Mk. auf 32 218 Mk.

Berliner Börse

vom 28. November 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:			
4½ % Disch. Schatzsch. VI—IX	74,75	Chem. Griesheim	251,00
5½ % Dtsch. Reichsanl.	77,50	Chem. Heyden	255,00
4% „ „	65,50	Consolidation Schalk	330,00
3½ % „ „	61,50	Cröllwitzer Papierfbk.	211,00
3% „ „	63,50	Daimler Motoren	254,50
4% Preuß. Konsols.	65,30	Deutsche Luxemburg	192,00
3½ % „ „	58,25	Deutsche Uebersee Elektr.	596,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	56,30	Deutsche Erdöl	496,00
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	96,00	Deutsche Gasglühl.	—
4% Sachs. Neulandsch. Pfdbf.	—	Deutsche Kali	230,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf.	94,75	Deutsche Waffen und Mun.	227,50
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbf. 191	97,00	Donnersmarckhütte	255,50
4½ % Dess. Gas Oblig	101,90	Döring & Lehrmann	125,00
4% Dessauer Gas Obl.	—	Dürrkoppwerk	337,00
Ausländ. Werte:		Engelhardt-Brauerei	260,00
4% Oesterr. Kronenrente	30,00	Elberfelder Farben	359,00
4% Unger. Goldrente	66,30	Felten & Guilleaume	245,00
4% Ungar. Kronenrente	33,75	Gasmotoren Deutz	163,00
Eisenbahn-Aktien:		Gebhard & Co.	—
Halberst.-Blankenb.	83,25	Gebhard & König	154,75
Halle-Hettstedter	—	Gelsenkirchen Berg.	282,50
Schantungbahn	325,00	Glauziger Zuckerfbk	289,75
Allg. Lokal-Gr.	136,12	Hallesche Maschinbk.	395,00
Gr. Berl. Str.	113,36	Hann. Masch.	367,00
Magdeburger Str.-B.	—	Harpener Berg	225,00
Prinz-Heinrich-B.	600,00	Hasper Eisen	206,00
Orientbahn	313,00	Hirsch Kupfer	285,00
Schiffahrts-Aktien:		Höchster Farbwerke	351,00
Hambg. Paketfahrt	116,12	Hoesch Eisen u. Stahl	246,75
Hambg. Südamerika	205,00	Hohenlohe Werke	148,00
Hansa-Dampfschiff.	300,00	Humboldt Masch.	154,25
Nordd. Lloyd	123,84	Ilse Bergbau	410,00
Bank-Aktien:		Kahla Porzellan	394,00
Bank i. Thür.	147,00	Kalw. Aschersleben	217,00
Berl. Handelsges.	160,00	Körb sd. Zucker-Akt.	—
Commerz-Diskontobank	134,00	Kyffhäuserhütte	—
Darmstädter Bank	119,00	Lahmeyer & Co.	143,00
Dessauische Landesbank	—	Lauchhammer	180,00
Deutsche Bank	251,00	Laurahütte	178,00
Diskonto-Comm.	174,00	Linke & Hofmann	361,00
Dresdner Bank	147,50	Ludwig Loewe & Co.	—
Leipzig. Credit-Anst.	139,00	Lothringer Hütte	182,50
Mitteld. Kreditbank	128,00	Mannesmannröhren	213,50
Mitteld. Privatbank	—	Masch-Fabr Buckau	176,00
Nationalbank	124,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	164,00
Oesterr. Kredit	147,00	do Cero Hag.	170,50
Reichsbank	144,00	do Kekswerke	267,75
Industrie-Aktien:		Orenstein & Koppel	222,00
Schultheiss-Brauerei	245,00	Phönix Berg	281,00
Akt. f. Anilin	298 75	Rhein. Metall-Verz.	211,00
Allgem. Elektr. Ges.	234,25	Rhein. Stahlwerken	179,25
Ammendorfer Papierfabrik	500,00	Riebeck. Montan	26,00
Anhalter Kohlenw.	225,50	Rombacher Hütten	165,00
Annaberger Steingut	218,00	Rositzer Braunk.	194,75
Badische Anilin	488,00	Rositzer Zucker	169,75
Bergmann Elekt. Akt.	169,25	Sangerhäuser Masch.	307,50
Berl. Masch.-Bau	225,00	Hugo Schneider A.-G.	210,00
Bismarckhütte	250,50	Schuckert & Co.	144,84
Bochumer Gußstahl	223,00	Siemens & Halske	238 00
Chem.-Fabr. Buckau	—	Stettiner Chem.	234,00
		Stettiner Vulkan	191,50
		Stollberger Zinkh.	265,00
		Strals. Spielkarten	260,00
		Thale-Eisenhütte	291,84
		Triptis Porzellan	194,00
		Türk. Tabakregie	858,00
		Ver. Köln-Rottweiler	221,00
		Ver. Glanzstoff	776,00
		Wegelin & Hübner	155,50
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	338,50
		Wittener Gußstahl	240,00
		Wrede Mälzerei	112,00
		Zeitzer Masch.	464,00
		Zellstoff Waldhof	218,25
		Otavi-Minen	384,00

Tendenz: fest

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Miesitschek; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191129011/fragment/page=0004